



Medienmitteilung der Allianz gegen die Ernährungsinitiative vom 17. Dezember 2025

Nationalrat will keinen Vegan-Zwang

Der Nationalrat diskutierte die kontraproduktive und realitätsfremde Ernährungsinitiative. Er lehnt diese ohne Gegenvorschlag ab. Die Allianz gegen die Ernährungsinitiative begrüsst diesen Entscheid. Um das Ziel von 70 Prozent Netto-Selbstversorgungsgrad zu erreichen, müsste der Staat der Bevölkerung in weiten Teilen einen Vegan-Zwang auferlegen.

Die grosse Kammer befasste sich mit der vor gut einem Jahr eingereichten Ernährungsinitiative. Richtigerweise lehnen die Mitglieder des Nationalrates diese ohne Gegenvorschlag ab. Ihre realitätsfremde Forderung von 70 Prozent Netto-Selbstversorgungsgrad liesse sich nur mit massivsten Eingriffen in das Konsumverhalten der Bevölkerung erreichen. Diese müsste sich künftig hauptsächlich ohne tierische Lebensmittel und damit in erster Linie vegan ernähren. Es wären staatliche Essensvorgaben und damit ein weitgehender staatlich verordneter Vegan-Zwang mit vorgegebenen Angeboten in der Produktion, in der Verarbeitung, im Handel und in der Gastronomie nötig.

Die rein pflanzliche Ernährung entspricht weder dem aktuellen Essverhalten, noch ist sie in Bezug auf eine standortgerechte Landwirtschaft und geschlossene Nährstoffkreisläufe sinnvoll. Die vielen Grasflächen in der Schweiz sind nur über Tierhaltung für die menschliche Ernährung nutzbar. Mist und Gülle sind zudem notwendige Dünger für den Pflanzenbau und die Bodenfruchtbarkeit. Die Initiative beinhaltet neue Auflagen, darunter an das Saatgut, welche das Produktionspotential im Pflanzenbau reduzieren und die Preise für einheimische Lebensmittel erhöhen würden. Als Konsequenz dürfte der Einkaufstourismus zunehmen und die Schweizer Ernährungswirtschaft würde Marktanteile sowie tausende Arbeitsplätze verlieren.

Als Letztes gilt es anzumerken, dass sich die Land- und Ernährungswirtschaft in einem umfassenden Anpassungsprozess befindet und zahlreiche Optimierungsmassnahmen bereits am Laufen sind. Die Ernährungsinitiative ist also nicht nur kontraproduktiv und unrealistisch, sondern auch unnötig.

Rückfragen:

Martin Rufer, Direktor Schweizer Bauernverband, martin.rufer@sbv-usp.ch, Mobile 078 803 45 54

Michel Darbellay, Stv. Direktor Schweizer Bauernverband, michel.darbellay@sbv-usp.ch, Mobile 078 801 16 91

Dagmar Jenni, Direktorin SWISS RETAIL FEDERATION, dagmar.jenni@swiss-retail.ch, Tel. 031 312 40 40

Beat Imhof, Präsident GastroSuisse, beat.imhof@gastrouisse.ch, Mobile 079 773 29 15

www.ernaehrungsinitiative-nein.ch